



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

P/XVI/20 - 24. Januar 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1

Noch schlimmer!

36

Die leidige Geschichte des Herrn von Hassel

2 - 4

Ein neuer politischer Stil

135

Anmerkungen zum Bundestagswahlkampf

Von Ulrich Lokmar, MdB

5 - 6

Dänisch-deutsche Verteidigungsprobleme

74

Zum Treffen Strauss-Hansen in Bonn

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

7

Schröder bleibt unter Beschuss

18

Berliner SPD: Ein- und Ausreisegesetz zurückziehen!

7

Bevölkerungsschutz - in Bonn nicht gefragt

19

Zu einer kleinen Anfrage der SPD

* * * * *

24. Januar 1961

Noch schlimmer!

Die leidige Geschichte des Herrn von Hassel

sp - Die CDU hat sich am Montag über einen in unserem Pressedienst veröffentlichten Artikel des langjährigen spa-Chefredakteurs Fritz Sänger empört. Sänger hatte die Frage gestellt, ob es im allgemeinen deutschen Interesse zu verantworten sei, dass Kai-Uwe von Hassel Ministerpräsident in Schleswig-Holstein bleibt. Ausserdem war darauf hingewiesen worden, wie alarmierend die Berichte der deutschen Auslandsvertretungen über den Eindruck sind, den die satzsa bekannten Vorgänge in Schleswig-Holstein besonders in den Vereinigten Staaten hervorgerufen haben.

Nun tönt die CDU, Herr von Hassel werde sowohl Ministerpräsident wie auch Wahlkampfleiter der Kanzlerpartei bleiben.

Wir geben zu, dass es für die CDU peinlich sein mag, einen politisch angeschlageneren Mann halten zu müssen; würden sie anders handeln, dann müsste sie zugeben, dass an der Geschichte etwas faul ist. Wir meinen jedoch, es ist eine schlechte Politik, wenn man durch tönende Dementis erreichen will, dass niemand mehr von den alarmierenden Berichten der deutschen Auslandsvertretungen über den Eindruck von den Vorgängen in Schleswig-Holstein schreibt oder spricht.

Genau an diesem Punkt sollte nämlich das parteiegoistische Interesse der CDU aufhören und das Interesse für die Position der Bundesrepublik im Ausland beginnen.

Monatelang hat man in Kiel bei hohen und höchsten Verwaltungsstellen so getan, als ob hier nichts zu beredigen wäre. Erst als die deutsche Presse in die merkwürdigen Zusammenhänge hineinleuchtete und das uns befreundete Ausland aufmerksam wurde, sah sich Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel veranlasst, zu dem ganzen Komplex öffentlich Stellung zu nehmen. Dazwischen lag aber Herrn von Hassels niederträchtige Bemerkung über diejenigen Deutschen, die den Kampf gegen die Hitler-Barbarei aufgenommen und dafür gesorgt hatten, dass man draussen die Stimme des anderen, des demokratischen Deutschlands trotz der finsternen Nacht, die niedergegangen war, vernehmen konnte.

All das jetzt zudecken zu wollen, indem man "dementiert", veranlasst uns zu der Feststellung:

Noch schlimmer!

Ein neuer politischer Stil

Anmerkungen zum Bundestagswahlkampf

Von Ulrich Lohmar, MdB

In Wahlzeiten zeichnete sich das politische Klima in der Bundesrepublik bisher dadurch aus, dass die Parteien nicht mehr miteinander, sondern gegeneinander und oft aneinander vorbeiredeten. Die Mehrheit der Staatsbürger pflegt politischen Äusserungen vor den Wahlen kein grosses sachliches Gewicht beizumessen, weil man vermutet, es müsse sich dabei eben um Wahlversprechungen handeln, von denen nicht allzu viel zu halten und an die die Politiker später meist nicht gern erinnert werden wollten. Diese Situation entspricht in keiner Weise dem Sinn, den Wähler in einer Demokratie haben sollten und haben können. Wer freie Wahlen zu einer Manipulation urteilsloser Statisten degradieren will, mag damit nicht gegen den Buchstaben des Grundgesetzes verstossen, aber er trägt dazu bei, der Demokratie ihre Glaubwürdigkeit zu nehmen. Politisch verantwortliche Menschen innerhalb und ausserhalb der Parteien sollten deshalb jetzt darüber beraten, wie wir in unserem Lande einen politischen Stil entwickeln können, der dem Geist einer freiheitlichen Demokratie angemessen ist. Wie könnte das praktisch geschehen?

1. In den letzten Wochen ist das Für und Wider von Diskussionen zwischen den beiden Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers, Konrad Adenauer und Willy Brandt, diskutiert worden. Die Christlichen Demokraten haben natürlich recht mit ihrem Hinweis, dass der Kanzler nicht vom Volk gewählt wird, sondern vom Bundestag. Das ändert aber nichts daran, dass der Kanzler nach seiner Wahl die Richtlinien der Politik bestimmt und dass die Bevölkerung sich im Hinblick auf diese Tatsache mit Recht nicht nur für diese oder jene Partei, sondern zugleich für einen der Anwärter für das Bundeskanzleramt entscheidet. Dem entspricht auch die Rolle, die den politischen Parteien nach dem Grundgesetz zufällt. Sie sollen an der politischen Meinungsbildung der Bevölkerung mitwirken, aber sie sind nicht (im Gegensatz zu der von der CDU neuerdings vertretenen Auffassung) allein dazu berufen, das Volk politisch zu vertreten. Wir halten es deshalb noch wie vor für politisch richtig und sachlich ergiebig, wenn es zu Streitgesprächen in Fernsehen zwischen Adenauer und Brandt käme.

Auf der gleichen Ebene liegen die Möglichkeiten, die z.B. die Bundespressekonferenz nutzen könnte. Vor den letzten Bundestagswahlen wurde der gute Brauch eingeführt, den Kanzler und den Oppositionsführer regelmässig vor der Presse in Bonn ihre Auffassungen darlegen zu lassen und sich den Fragen der Journalisten zu stellen. Es würde einer sachlichen Information der Wähler zugutekommen, wenn die Bundespressekonferenz sich nun regelmässig mit den beiden Kandidaten zusammenfände.

2. Mit dieser Anregung hängt die andere Frage zusammen, wie die deutsche Presse insgesamt ihre Aufgabe im Bundestagswahlkampf begreifen will. Leider ist es in vielen Zeitungen so, dass

zwischen einer um Objektivität bemühten Nachrichtenpolitik und dem redaktionellen Kommentar kein Unterschied sichtbar bleibt, eine Praxis, der man bei den meisten Zeitungen Englands oder Skandinaviens kaum begegnet. Uns scheint, dass dieser Stil weder einer freien Presse noch einem um ein eigenes Urteil bemühten Leser gemäss ist. Warum sollte es nicht möglich sein, dass auch in Zeitungen mit weltanschaulich oder politisch eindeutiger Zielsetzung die Bundestagskandidaten mehrerer Parteien zu Wort kommen, oder dass sich auch die "gebundenen" Zeitungen angewöhnen, zu einem aktuellen Thema nicht nur Politiker oder Journalisten der eigenen Couleur schreiben zu lassen? Die Zeitungen würden überdies interessanter und lesbarer werden.

3. Die politischen Parteien klagen darüber, dass die Zeit der Wahlversammlungen offenbar ihrem Ende zugehe. Sie treffen trotzdem und ungeachtet der Konkurrenz des Fernsehens und des Rundfunks alle Vorbereitungen, jede Stadt und jedes Dorf mit einer Wahlversammlung zu beehren. Dabei weiss jedermann, dass bei Lage der Dinge die Anhänger der SPD in die Versammlungen ihrer Partei zu kommen pflegen, während sich die Freunde der CDU damit begnügen, sich in ihrer ohnehin feststehenden Meinung von ihren Parteirednern bestärken zu lassen. Unentschiedene Wähler besuchen die Wahlversammlungen kaum noch. Sie ziehen es vor, sich die erste Garnitur der Parteien auf dem Bildschirm anzusehen und anzuhören.

Die Wahlversammlung als ein wichtiges Mittel der politischen Meinungsbildung verliert so mehr und mehr ihren eigentlichen Sinn. Wie wäre es aber, wenn die grossen Parteien sich bereitfänden, gemeinsam zu Wahlversammlungen einzuladen und durch lebendige Streitgespräche ihrer Kandidaten den Staatsbürger den Eindruck mitzugeben, dass es sich doch lohne, an einer solchen Versammlung teilzunehmen? Das politische Leben würde an Farbe gewinnen, und ausserdem müssten die Bundestagskandidaten sich nicht nur mit den Argumenten ihrer eigenen Partei vertraut machen, sondern auch einiges wissen über die Vorstellungen ihrer politischen Konkurrenten. Das wäre dem Niveau der politischen Diskussion sicher nicht abträglich.

4. Von besonderem Gewicht könnte der Beitrag sein, den Einrichtungen wie Akademien, Heimvolkshochschulen, Stätten der Begegnung, politische Foren usw. für die Meinungsbildung vor den Bundestagswahlen zu leisten imstande wären. Es gehört zu den Eigenarten in der Bundesrepublik, dass die Politik und die politische Bildung weitgehend nebeneinander her leben. Diejenigen, die die Dinge machen, und die anderen, die darüber nachdenken, haben bisher keine Form gefunden, um in ein ständiges und fruchtbares Gespräch miteinander zu kommen. Vor den Wahlen halten sich Institutionen der politischen Bildung meistens zurück, um nicht in den Verdacht zu geraten, "Parteipolitik" zu betreiben.

Das ist im Ergebnis nichts anderes als ein Ausweichen vor der Wirklichkeit. Eine freiere und interessantere Gestaltung des Geschehens in den politischen Parteien kann man nicht dadurch bewirken, dass man eine Geringschätzung der Parteien kultiviert oder der "Partecipolitik" aus dem Wege geht. Die bei uns bestehenden Institutionen für die politische Bildung sollten gerade vor den Bundestagswahlen die Parteien zu Gesprächspartnern gewinnen und auf diese Weise helfen, eine sachliche politische Meinungsbildung zu gewährleisten.

5. Über die Rolle der Interessentenverbände insbesondere vor den Bundestagswahlen ist oft und leidenschaftlich debattiert worden. Wir wollen hier nicht so sehr betonen, dass die Zahl der in Bonn etablierten Interessentenverbände die 400 wohl bald erreicht hat. Man könnte dazu auch sagen, wer in Bonn ein Büro braucht, hat es nötig. Uns scheint aber, dass die Beziehungen zwischen den Interessentenverbänden und den politischen Parteien bzw. den von ihnen nominierten Kandidaten für den Bundestag jedermann sichtbar sein sollten. Es wäre eine gute Sache, wenn die Bauernverbände, die Industrie, die Gewerkschaften usw. den Bundestagskandidaten konkrete Fragen vorlegten, wie sie sich zu dieser oder jener Forderung der grossen Verbände zu verhalten gedenken. Der Staatsbürger weiss dann, wem er ist. Dabei sollte die oft kuriose Entrüstung unterdrückt werden, die sich mancher Zeitungen bemächtigt, wenn die Gewerkschaften etwa einen ihnen nahestehenden Kandidaten unterstützen. Entweder haben die Unternehmer sich der gleichen von den Gewerkschaften geforderten Zurückhaltung zu befleissigen, oder aber das Recht zur Mitgestaltung der politischen Meinungsbildung gilt für alle. Die Praxis in den Wahlkämpfen in den USA ist hier um vieles offener und auch aufrichtiger als in der Bundesrepublik.

Wenn diese und ähnliche Vorschläge verwirklicht werden könnten, wären wir ein Stück weitergekommen auf dem Wege, den politischen Gegner nicht mehr als einen "Feind" zu betrachten. Die politischen Front- und Fragestellungen würden sich nicht länger brechen wie in einem Gruselnkabinett, sondern sie würden präziser aufeinander und gegeneinander bezogen werden können. Die Schlagworte würden ihre Wirkung verlieren, und viele Staatsbürger könnten ihr Empfinden allmählich aufgeben, "die da oben" machten ja doch, was sie wollten und es habe keinen Sinn, sich um die Politik zu kümmern. "Die da oben", das sind alle, die dem Bundestagswahlkampf ein neues, der Demokratie würdiges Gepräge geben können. Ein anderer politischer Stil ist wohl auch ein wesentliches Element einer Politik neuen Stils.

Dänisch-deutsche Verteidigungsprobleme

Zum Treffen Strauss-Hansen in Bonn

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Der dänische Verteidigungsminister Hansen kommt Dienstag nach Bonn und wird mit seinem westdeutschen Kollegen Franz Josef Strauss eine Reihe von hochaktuell gewordenen deutsch-dänischen NATO-Problemen erörtern. Ausgangspunkt für die Besprechungen ist ein Vorschlag des NATO-Oberbefehlshabers General Nordstad über die Errichtung eines gemeinsamen Oberkommandos für Schleswig-Holstein und ganz Dänemark innerhalb der jetzt bestehenden nordatlantischen Region, die ihr Hauptquartier in Oslo hat. Mit diesem Vorschlag ist General Nordstad schon bei seinem Besuch in Kopenhagen im vergangenen Herbst an die dänische Regierung herangetreten, und kürzlich hat er, als die Regierungsarbeit nach den Folketingswahlen wieder im vollen Umfang aufgenommen ist, die Dänen an seinen Plan erinnert.

Der Nordstad-Plan enthält eine Kompromisslösung in den politisch-psychologischen Auseinandersetzungen über die Frage der deutsch-dänischen Zusammenarbeit auf dem Verteidigungsgebiet. Seit Jahren strebt Verteidigungsminister Strauss eine NATO-Revision an, die Schleswig-Holstein und Dänemark aus der Nordregion ausklammern und stattdessen beide Gebiete der Zentralregion in Paris unterstellen soll. Damit kämen ganz Westdeutschland und Dänemark unter das Oberkommando des französischen Oberbefehlshabers Jean Valluy, dessen Heeres-Oberbefehlshaber General Hans Speidel ist. In Dänemark hat dieser Gedanke Widerspruch hervorgehoben, weil befürchtet wird, dass die Dänen in zu starker Abhängigkeit von der Bundesrepublik geraten. Die Dänen möchten nicht die Nordregion verlassen, die ja auch Norwegen umfasst und in Kolsas bei Oslo einem britischen Befehlshaber unterstellt ist. Um nun dieses Problem zu lösen und den technischen Erfordernissen einigermaßen Rechnung zu tragen, schlägt General Nordstad vor, Schleswig-Holstein und Dänemark sollen weiterhin in der Nordregion verbleiben, aber gleichzeitig ein engeres gemeinsames Kommandoverhältnis eingehen.

Praktisch würde der Nordstad-Vorschlag bedeuten, dass Schleswig-Holstein-Dänemark eine eigene Regionalstufe bekommt, die zwischen der Nordregion und der Zentralregion schwebt. Dabei werden die Be-

strebungen des Herrn Strauss gegenstandslos, was geeignet ist, die Dänen zu beruhigen. Gleichzeitig wird aber Dänemark vor die Aufgabe gestellt, auf eine neue Weise die technisch-militärischen Rationalisierungsprobleme zusammen mit den Deutschen zu lösen bei der Verteidigung im Ostseeraum und in Bezug auf die drei Verteidigungsgattungen

Während das schleswig-holsteinisch-dänische Gesamtkommando eine dänische Spitzenfigur bekommen soll - und hier scheint General Nordstad eine Zusicherung von Bonn erhalten zu haben -, werden nach dem Vorschlag vier Unterkommandos eingerichtet: ein Kommando für die Landstreitkräfte in Schleswig-Holstein und Jütland unter der Leitung eines deutschen Generals, ein Kommando für die Landstreitkräfte auf den dänischen Inseln Fünen und Zeeland mit einem dänischen General als Befehlshaber, sowie ein Luftwaffenkommando und ein Flottenkommando für Schleswig-Holstein-Dänemark, die wechselweise unter einem dänischen und einem deutschen Befehlshaber stehen sollen.

Die dänische Regierung hat noch nicht offiziell Stellung zum Nordstad-Plan genommen. Vorläufig wird sie die Reaktion der militärischen Stellen abwarten, und hier scheinen die Ansichten auseinander zu gehen. Es heisst, dass die führenden Offiziere der dänischen Luftwaffe für den Plan sind, während die Flotte und die Landstreitkräfte Bedenken haben.

Das Regierungsorgan "Politiken" hat in einem Leitartikel die Forderung nach NATO-Zusammenarbeit unterstrichen, gleichzeitig aber eine Reihe von Fragen gestellt. Dänemark, schreibt die Zeitung, muss nach Möglichkeit seine militärischen und politischen Interessen sichern bei einer Entwicklung, in welcher die Bundesrepublik Monat für Monat stärker wird. Die letzte NATO-Übung hat gezeigt, dass die beiden Staaten verschiedene taktische und strategische Ziele haben. Wie kann man eine Garantie dafür erreichen, dass die vorgeschlagene Neuordnung auch eingehalten wird? Wird diese Ordnung nicht auf lange Sicht Dänemark doch aus der Nordregion und in die Zentralregion ziehen, weil in Paris der Magnet sitzt? Und wie werden sich die Norweger gegenüber einem Vorschlag verhalten, der eine tatsächliche Schwächung des Einflusses der Nordregion mit sich bringt und, drastisch ausgedrückt, Norwegen von Dänemark und dem Kontinent allmählich "isolieren" würde?

Auch die Frage der eventuellen Bewaffnung beziehungsweise Nichtbewaffnung mit Atomwaffen und die Frage der Umwandlung der NATO in eine "Atommacht" müssen zu diesem Komplex hinzugerechnet werden. Die Verteidigungsminister Hansen und Strauss haben bei ihrem Treffen also ein recht ansehnliches Programm zu erledigen. + + + - 7 -

Schröder bleibt unter Beschuss

sp - Offenbar weil Bundesinnenminister Schröder taube Ohren hat, forderte nunmehr der Landesvorstand der Berliner SPD den Bundeskanzler auf, er solle selbst den Schröder'schen Entwurf für das Ein- und Ausreisegesetz zurückziehen. Willy Brandt nannte diesen Entwurf noch einmal eine "mißglückte Sache". In der Bundestagssitzung am vergangenen Freitag wurde dem Innenminister sogar von seinen eigenen Parteifreunden bescheinigt, daß der Gesetzentwurf nicht haltbar ist. Selbstverständlich wollen alle demokratischen Parteien in der Bundesrepublik und in Berlin vernünftige Maßnahmen billigen, die das Einsickern von kommunistischen Agenten verhindern können. Aber ebenso sehr sind alle demokratischen Kräfte darauf bedacht, dass die menschlichen Beziehungen zwischen den Familien in der Bundesrepublik und in der sowjetischen Besatzungszone nicht abreißen. Vielleicht hört jetzt Dr. Adenauer den Appell der Berliner Sozialdemokraten und veranlasst seinen Minister zur Einschaltung des Rückwärtsganges. Da sich der Bundeskanzler oft darauf beruft, dass er die Richtlinien der Politik bestimmt, könnte er jetzt zeigen, wie ernst er dieses Wort nimmt.

+ + +

Bevölkerungsschutz - in Bonn nicht gefragt

sp - Die Bundesregierung hat eine peinliche Anfrage der SPD im Bundestag zu erwarten. Sie betrifft den zivilen Bevölkerungsschutz. Um diesen ist es nicht gut bestellt. Entsprechende Anforderungen des Bundestages - schon im Jahre 1956 - eine Gesamtplanung zu erstellen, sind von der Bundesregierung unbeachtet geblieben. Auch der Antrag, eine unabhängige Studienkommission, die prüfen soll, welche Schutzmaßnahmen im Atomzeitalter sinnvoll sein könnten, fand nicht das Ohr der Regierung. Sie hat zwar schon 1959 "entsprechende Maßnahmen" auf diesem Gebiet angekündigt, aber bis heute wartet die Öffentlichkeit noch darauf. Liegt es an Kompetenzstreitigkeiten? Das wäre schlimm. Ein sinnvoller, von der ganzen Bevölkerung getragener Verteidigungswille bedarf der Gewißheit, daß dem Schutz der Zivilbevölkerung ebenso große Bedeutung wie der rein militärischen Verteidigung zukommt. Hier könnte Bonn von den USA und von Schweden viel lernen. Dort stehen die Ausgaben für den Luftschutz in einem angemessenen Verhältnis zu den gesamten Militärausgaben. Die Regierung soll sich nicht wundern, wenn in einem wichtigen Bereich, den sie so vernachlässigt, die notwendige Mitarbeit der Bevölkerung zu wünschen übrig läßt.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel